

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Matthias Belafi

Angesichts der andauernden Eurokrise und ihrer weiteren Zuspitzungen sei es die glaubwürdigste Strategie zur Rettung des Euro, auf einem EU-Gipfel gemeinsam mit dem Papst um göttliche Hilfe zu beten. Mit dieser Meldung lud am 29. März 2012 eine Presseerklärung aus dem Büro des Präsidenten des Europäischen Rates zu einem Sondergipfel der Eurozone am 1. April ein, an dem die Staats- und Regierungschefs aller Staaten teilnehmen sollten, in denen mit dem Euro bezahlt wird. Deshalb werde auch der Papst zum Gipfel nach Brüssel kommen.¹ Auch wenn die Hinzuziehung des Papstes zur Lösung der Eurokrise lediglich ein Aprilscherz war, so hat doch die Eurokrise im vergangenen Jahr auch die Kirchen in Europa maßgeblich beschäftigt.

Der konfessionelle Faktor in der Eurokrise

Dies betrifft vor allem die Kirchen in den Krisenstaaten: Da in Griechenland die Priester der Orthodoxen Kirche vom Staat bezahlt werden, sind die Geistlichen auch von den staatlichen Gehaltskürzungen betroffen. Darüber hinaus wurde geprüft, ob der Staat nicht nur noch die Hälfte der Gehälter der über 10.000 Priester übernehmen soll.² Die Griechisch-Orthodoxe Kirche leistet einen großen Beitrag, um über Suppenküchen und andere Unterstützungen die Not der am meisten von der Krise Betroffenen zu lindern. Immer mehr verarmte Griechen treten sogar in Klöster ein, weil sie dort versorgt werden. Die Troika hat bei der staatlichen Bezahlung der Mönche jedoch zur Auflage gemacht, dass erst zehn Mönche sterben müssen, bevor ein neuer geweiht werden darf.³ Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche, Erzbischof Hieronymos II., warnte im Februar 2012 in einem offenen Brief an Ministerpräsident Papademos vor den „tödlichen Rezepten“ der Troika. Bei weiteren Kürzungen warnte er vor sozialen Unruhen und sah Freiheit, Demokratie und die nationale Würde gefährdet.⁴ Insgesamt stilisieren die kirchlichen Stellungnahmen Griechenland zum Opfer des Kapitalismus und des Westens. So instrumentalisiert die Kirche die Krise, um mit populistischen Äußerungen ihr eigenes Ansehen aufzubessern.⁵ Denn die Kirche steht selbst in der öffentlichen Kritik wegen ihrer Nähe zum Staat, ihrer Privilegien und ihres Besitzes sowie verschiedener Skandale. Die Diskussion schwappte letztlich bis nach Brüssel, wo der Vertreter der Griechisch-Orthodoxen Kirche bei der EU, Erzbischof

1 Vgl. Peter Spiegel: Can the Pope save the euro?, 29.03.2012, <http://blogs.ft.com/brusselblog/2012/03/can-the-pope-save-the-euro/>.

2 Vgl. SZ: Athen will Kirche zahlen lassen, 14.07.2012.

3 Vgl. Focus: Griechen zieht es in Klöster, 06.08.2012.

4 Vgl. Paul Tugwell: Greek Church Head Sees Social 'Explosion' From More Austerity, 03.02.2012, <http://www.bloomberg.com/news/2012-02-03/greek-church-head-sees-social-explosion-from-more-austerity.html>.

5 Vgl. Georgios Vlantis: Die Reaktionen der griechischen Orthodoxie auf die Finanzkrise, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West, H. 1/2012, S. 3. Umfassend auch: Konstantinos Vliagkoftis: Mahnende Worte, in: Herder Korrespondenz, H. 12/2011, S. 617-621.

Athanasios, bei der Pressekonferenz des Religionsführertreffens zu den Steuerzahlungen der Kirche in Griechenland und zum kirchlichen Beitrag zur Solidarität befragt wurde.⁶

Diskussionen um Gehaltskürzungen für staatlich bezahlte Priestern gab es gleichermaßen im orthodoxen Zypern, das auch unter den Rettungsschirm der EU flüchten musste. Und in Italien und Spanien wurde ebenfalls öffentlich debattiert, ob im Zuge der Sparmaßnahmen zur Sanierung der Staatshaushalte die Steuerbefreiung der Katholischen Kirche aufrecht erhalten werden kann.⁷ Gleichzeitig zeigen die Kirchen – insbesondere innerhalb der Orthodoxie – zunehmende Solidarität. Aus der Russisch-Orthodoxen Kirche flossen mehr als eine halbe Million Euro Spenden nach Griechenland.⁸ Vor dem Hintergrund, dass auf staatlicher Ebene die Republik Zypern große finanzielle Unterstützung von Russland erhalten hat, um keine Sparauflagen der EU auf sich nehmen zu müssen, stellt sich mittlerweile die Frage nach dem „konfessionellen Faktor“ innerhalb der Eurokrise. Schließlich wird die Interessenskoalition der beiden Staaten von einer gemeinsamen orthodoxen Prägung begleitet, wenn nicht befördert. Darüber hinaus wird aber auch die Frage aufgeworfen, ob die Staatsschuldenkrise eines Landes nicht in Zusammenhang mit seiner konfessionellen Prägung steht. Denn von der Krise sind vor allem die Staaten im Süden des Kontinents betroffen, deren Bevölkerung weitgehend orthodox (Griechenland, Zypern) oder katholisch (Italien, Spanien, Portugal, aber auch Irland im Norden) ist.⁹

Inhaltliche Schwerpunkte der Kirchen in Brüssel

Aber auch für die Kirchen in den weniger betroffenen Staaten und für die europäischen Kirchenzusammenschlüsse ist die Eurokrise zum dominierenden Thema geworden. Die verschiedenen Kirchen und Gremien haben sich immer wieder zur Krise zu Wort gemeldet.¹⁰ In der Öffentlichkeit haben diese punktuellen Äußerungen aber wenig Resonanz erfahren, sodass weithin eine Sprachlosigkeit der Kirchen in der Eurokrise beklagt wird.¹¹ Jenseits der aktuellen Problematik hat die ComECE im Januar 2012 ein Dokument veröffentlicht, das sich mit dem EU-Vertragsziel einer „in hohem Maße wettbewerbsfähige[n] soziale[n] Marktwirtschaft“ befasst.¹² Die EVP-Fraktion im Europaparlament hat diese Stellungnahme der ComECE in einer Erklärung aufgegriffen, die in das kommende EVP-Wahlprogramm einbezogen werden soll.¹³

6 Vgl. EUobserver: Greek orthodox head defends Church over tax scandals, 13.07.2012, <http://euobserver.com/19/116962>.

7 Vgl. FAZ: Monti will Steuern von Kirche, 17.02.2012; Kathpress: Spanien: Kirche bleibt von Sparmaßnahmen verschont, 04.01.2012.

8 Vgl. Kathpress: Russische Christen spenden halbe Million Euro für Griechenland, 08.08.2012.

9 Vgl. Ulrich Ruh: Europäische Bewährungsprobe, in: Herder Korrespondenz, H. 8/2012, S. 379-381.

10 So z.B. die KEK im Dezember 2011 (vgl. European concerted action required now – Peole's Needs first, http://csc.ceceurope.org/fileadmin/filer/csc/Financial_and_Debt_Crisis/CSC_Public_Statement_Financial_and_Economic_Crisis.pdf), die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa im Dezember 2011 (vgl. Der Krise entgegentreten, http://geke_neu.jalb-server.net/daten/File/Upload/doc-12667-2.pdf), die Vollversammlung der ComECE im Oktober 2011 (vgl. Johanna Touzel: Eine langfristig orientierte Europäische politische Vision zur Überwindung der Krise ist notwendig, in: Europe Infos, H. 143/2011, S. 11) oder die EKD-Synode im November 2011 (vgl. Beschluss zur sozialen Dimension der europäischen Schuldenkrise, http://www.ekd.de/synode2011/beschluesse/beschluss_I_3_schuldenkrise.html).

11 Vgl. Ulrich Ruh: Europäische Bewährungsprobe, in: Herder Korrespondenz, H. 8/2012, S. 379-381; Elmar Nass: Die Kirche und das Euro(pa)dilemma, in: FAZ, 17.08.2012, S. 12.

12 ComECE: Eine Europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft, Brüssel 2011. Vgl. Ulrich Ruh: Europa: Bischöfe plädieren für Solidarität, in: Herder Korrespondenz, H. 2/2012, S. 61-62.

Auch zahlreiche andere Schwerpunkte haben im vergangenen Jahr die politische Arbeit der europäischen Kirchen bestimmt: die mittelfristige EU-Finanzplanung 2014-2020,¹⁴ die Kohäsionspolitik,¹⁵ Landwirtschaft,¹⁶ Umwelt- und Entwicklung, vor allem im Zusammenhang mit der Rio+20-Konferenz,¹⁷ Asylpolitik, insbesondere das Grünbuch zur Familienzusammenführung,¹⁸ sowie das Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 und die damit verbundene Frage der Förderung embryonaler Stammzellforschung.¹⁹ Selbst betroffen sind die Kirchen auf vielfältige Weise von der geplanten Neuregelung des Europäischen Datenschutzrechts, so im Bereich des kirchlichen Meldewesens, des Kirchensteuereinzugs sowie des kirchlichen Datenschutzrechts. Deshalb engagieren sich die Vertretungen der Kirchen nachdrücklich in der Diskussion um eine Datenschutzverordnung.²⁰

Dialog und Institutionen

Beim diesjährigen High Level Religious Leaders Meeting am 12. Juli 2012 diskutierten Vertreter des Christentums, des Islam, des Judentums, des Hinduismus und der Bahá'í mit Kommissionspräsident Barroso, dem Präsidenten des Europäischen Rates van Rompuy sowie in Vertretung von Präsident Schulz mit dem für den Kontakt mit den Kirchen zuständigen Parlamentsvizepräsidenten László Surján über Solidarität zwischen den Generationen. Barroso strich als Gastgeber den Beitrag der Kirchen zur Solidarität zwischen den Menschen und Generationen heraus und betonte, sie seien „in besonderem Maße geeignet, in unseren Gesellschaften Brücken zu schlagen.“²¹

Neben dieser öffentlich besonders wirksamen Veranstaltung fanden zahlreiche weitere Treffen zwischen Kirchenvertretern und den EU-Institutionen statt. Van Rompuy diskutierte am 28. Oktober 2011 mit den katholischen Bischöfen der ComECE über die Krisenmaßnahmen der EU,²² am 12. November 2011 sprach er in einer Privataudienz mit dem Papst über den Beitrag der Kirche für die EU, über Menschenrechte und Religionsfrei-

-
- 13 Vgl. Pressemitteilung „EVP-Fraktion im Europäischen Parlament verabschiedet Erklärung zu Sozialer Marktwirtschaft“, 10.07.2012.
 - 14 Vgl. Hervé Pierre Guillot: Der mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020, in: *Europe Infos*, H. 141/2011, S. 6-7.
 - 15 Vgl. Anna Echterhoff: Europäische Kohäsionspolitik, in: *Europe Infos*, H. 151/2012, S. 7-8.
 - 16 Vgl. Michael Kuhn: Landwirtschaft betrifft uns alle, in: *Europe Infos*, H. 147/2012, S. 10; Martin Kasperek: Diskussionsveranstaltung, in: *EKD-Europa-Informationen*, H. 139/2012, S. 24. Siehe dazu auch die Stellungnahmen der EKD (Leitlinien für eine multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft. Zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union, Hannover 2011) und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (Eckpunkte für eine nachhaltige europäische Landwirtschaft, Bonn 2012).
 - 17 Vgl. Erklärung der ComECE: Unsere gemeinsame Verantwortung für die zukünftige Welt, 20.06.2012, <http://www.comece.eu/site/de/home/article/4991.html>.
 - 18 Vgl. Christopher Hörster: Europäische Kommission legt Grünbuch zum Recht auf Familienzusammenführung vor, in: *EKD-Europa-Informationen*, H. 139/2012, S. 9-10.
 - 19 Vgl. Katrin Hatzinger: Beitrag zur künftigen Ausrichtung des 8. Forschungsrahmenprogramms, in: *EKD-Europa-Informationen*, H. 137/2011, S. 26-27; dies.: Vorschläge der EU-Kommission für das neue Forschungsrahmenprogramm vorgestellt, in: *EKD-Europa-Informationen*, H. 139/2012, S. 17-18.
 - 20 Vgl. Alessandro Calcagno: Die Europäische Kommission schafft die Voraussetzungen für die zukünftige EU-Datenschutzgesetzgebung, in: *Europe Infos*, H. 148/2012, S. 7-8; Katrin Hatzinger: Mehr Rechte für die Bürger – Kommission stellt neue Datenschutzverordnung vor, in: *EKD-Europa-Informationen*, H. 139/2012, S. 7-9.
 - 21 Vgl. Pressemitteilung der Europäischen Kommission „Kommission, Parlament und Europäischer Rat diskutieren mit führenden Vertretern der Religionsgemeinschaften über Solidarität zwischen den Generationen und demografischen Wandel in Europa“, 12.07.2012, IP/12/773.
 - 22 Vgl. Johanna Touzel: Eine langfristig orientierte Europäische politische Vision zur Überwindung der Krise ist notwendig, in: *Europe Infos*, H. 143/2011, S. 11.

heit.²³ Der Ratsvorsitzende der EKD, Präses Nikolaus Schneider, traf den neugewählten Parlamentspräsidenten Martin Schulz am 25. Juni 2012 zu einem Meinungsaustausch, in dessen Mittelpunkt die Flüchtlingspolitik der EU stand.²⁴ Durch die Neuwahl des Parlamentspräsidiums wurde mit Surján auch ein neuer Vizepräsident mit dem Kontakt zu den Religionsgemeinschaften betraut. Zu einem Wechsel in der Verantwortlichkeit des Dialogs mit den Religionsgemeinschaften kam es auch in der Kommission, wo im Januar 2012 Katharina von Schnurbein diese Aufgabe im Bureau of European Policy Advisers (BEPA) übernommen hat. Aber auch auf kirchlicher Seite waren die Beziehungen zur EU durch personelle Veränderungen geprägt. In der ComECE wurde im März 2012 der Münchner Erzbischof, Kardinal Reinhard Marx, zum neuen Präsidenten gewählt.²⁵ Ebenso erfolgte ein Wechsel im Amt des Apostolischen Nuntius, wo Erzbischof Alain Paul Lebeaupin auf den seit 2005 amtierenden Erzbischof Andre Dupuy als Vertreter des Heiligen Stuhls bei der EU folgt.²⁶ Und in der Konferenz Europäischer Kirchen trat mit dem belgischen Protestanten Guy Liagre im Juni 2012 ein neuer Generalsekretär sein Amt an.²⁷

Mit der polnischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 standen die Kirchen in gutem Kontakt. Der Beginn der Präsidentschaft wurde nicht nur mit einem ökumenischen Gottesdienst in Warschau begangen, sondern sogar mit einer Messe im Petersdom in Rom.²⁸ Bereits im ersten Monat trafen die Kirchen die Ratspräsidentschaft zu einem Austausch über die Östliche Partnerschaft, Migration, Religionsfreiheit, Sonntagsschutz und Umweltpolitik.²⁹ Am 13. September 2011 traf sich die polnische Ratspräsidentschaft auch mit der Europäischen Humanistischen Föderation zu einem Austausch.³⁰ Während des Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2012 gab es in Dänemark zwar ebenfalls einen ökumenischen Gottesdienst,³¹ das übliche Gespräch zwischen Kirchenvertretern und Ratspräsidentschaft kam jedoch nicht zustande. Die EU-Kommission hat im vergangenen Jahr zwei Dialogseminare durchgeführt: Mit ComECE und KEK diskutierte BEPA am 30. März 2012 über Religionsfreiheit in den Außenbeziehungen der EU, mit der „European Association of Free Thought“ erörterte sie die Förderung demokratischer Rechte und Freiheiten in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums.³²

Während sich der Dialog der Union mit den Kirchen immer stärker auf die praktische Umsetzung konzentriert, sind auf Seiten der Weltanschauungsgemeinschaften die Europäische Humanistische Föderation (EHF) sowie laizistische Europaabgeordnete zur Konfrontation übergegangen. Die EHF reichte im Oktober 2011 beim Europäischen Ombudsman

23 Vgl. Kathpress: EU-Ratspräsident Van Rompuy beim Papst, 12.11.2011.

24 Vgl. Evangelischer Pressedienst: EU-Parlamentspräsident und EKD-Ratsvorsitzender treffen sich in Berlin, 26.06.2012.

25 Vgl. Johanna Touzel: Ein neuer Präsident für die COMECE, in: Europe Infos, H. 148/2012, S. 10-11.

26 Vgl. Kathpress: Papst ernennt neuen EU-Botschafter, 23.06.2012.

27 Vgl. Pressemitteilung KEK „Guy Liagre to be new General Secretary of CEC“, 26.01.2012.

28 Vgl. Kathpress: Warschau: Ökumenischer Gottesdienst zur EU-Präsidentschaft, 01.07.2011; Kathpress: Vatikan: Gottesdienst zur EU-Präsidentschaft Polens, 06.07.2011.

29 Vgl. Pressemitteilung KEK „People must be at the centre of the European integration process – Churches meet Polish EU Presidency“, 29.07.2011.

30 Vgl. Pressemitteilung EHF „EHF meets the Polish Presidency of the EU“, 14.09.2011.

31 Vgl. Service held to celebrate Danish EU presidency, <http://www.interchurch.dk/news/news/article/service-held-to-celebrate-danish-eu-presidency/>.

32 Vgl. BEPA: Dialogue with churches, religious associations and communities and philosophical and non-confessional organisations, http://ec.europa.eu/bepa/activities/outreach-team/dialogue/index_en.htm.

eine Beschwerde gegen die Kommission ein. Sie habe gegen den Vertrag von Lissabon verstoßen, weil sie der EHF kein Dialogseminar eingeräumt habe. Die EHF hatte der Kommission eine Diskussion über religiös motivierte Ausnahmeregelungen in EU-Richtlinien vorgeschlagen.³³ Die Kommission hielt das Thema zwar für zu konkret, begründete die Schwierigkeiten bei der Durchführung eines Seminars aber mit dem Personalwechsel bei BEPA und unterstrich ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einem Dialogseminar. Das Verfahren des Ombudsmans ist derzeit noch anhängig. Von diesem Konflikt war auch das Dialogtreffen der Präsidenten von Kommission, Parlament und Europäischem Rat mit den Weltanschauungsgemeinschaften am 30. November 2011 geprägt. Zu dem Gespräch waren Freimaurer, Freidenker, säkulare Vereinigungen sowie die EHF eingeladen. Inhaltlich widmete sich das Treffen unter dem Titel „Eine Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ dem gleichen Thema wie das Religionsführertreffen im Mai 2011, nahm aber zusätzlich Bezug auf den Gipfel der Östlichen Partnerschaft.³⁴ Nur wenige Wochen nach der Beschwerde beim Ombudsman erneuerte die EHF ihre Angriffe gegen die Kommission und kritisierte nicht nur den Dialog an sich, sondern auch die Praxis der Dialogführung.³⁵ Später am gleichen Tag fand im Europaparlament eine Diskussion über den Dialog statt, zu dem Präsident Buzek Weltanschauungsgemeinschaften eingeladen hatte. Dazu hatte es im Vorjahr bereits eine Veranstaltung mit religiösen Vertretern gegeben. Das Treffen, das vom zuständigen Vizepräsidenten Tökes geleitet wurde, nahm einen turbulenten Verlauf und wurde von den Vertretern der Weltanschauungsgemeinschaften sowie Mitgliedern der „European Parliament Platform for Secularism in Politics“, vor allem der Europaabgeordneten Sophie in't Veld in Frage gestellt. Sie kritisierten die Form der Organisation des Dialogs im Parlament sowie die Zuständigkeit Tökes', der vor seiner Abgeordnetentätigkeit Bischof war, für den Kontakt mit den Religionen und Weltanschauungen.³⁶

Entwicklungen in den Staat-Kirche-Verhältnissen

In den europäischen Staaten gibt es einige Bewegungen in den Rechtsbeziehungen zu den Religionsgemeinschaften. In Skandinavien hält der Trend einer Entstaatlichung der Staatskirchen an. In Norwegen hat das Parlament am 21. Mai 2012 beschlossen, das evangelisch-lutherische Bekenntnis als das öffentliche Bekenntnis des Staates aus der Verfassung zu streichen. Gleichwohl bleibt die lutherische Kirche „die Kirche des norwegischen Volkes“. Nach der Verfassungsänderung verwaltet die Kirche sich selbst, und Bischöfe werden nicht mehr von der Regierung ernannt.³⁷ In Dänemark ist mit dem Sozialliberalen Manu Sareen ein ehemaliger Hindu zum Kirchenminister ernannt worden, der einen radikalen

33 Vgl. Pressemitteilung EHF „EU-Kommission verstößt gegen Vertrag von Lissabon“, 19.10.2011; Le Soir: Les laïques furieux contre Barroso, 19.10.2011.

34 Vgl. Pressemitteilung der Europäischen Kommission „Die Präsidenten der Kommission, des Parlaments und des Europäischen Rates treffen Vertreter weltanschaulicher Gemeinschaften zu Gesprächen über demokratische Rechte und Freiheiten“, 30.11.2011, IP/11/1471.

35 Vgl. EUobserver: Atheists say EU privileging religious leaders over non-believers, 30.11.2011, <http://euobserver.com/851/114456>.

36 Vgl. EHF: Extraordinary scenes at Article 17 meeting in Parliament, 01.12.2011, <http://humanistfederation.eu/extraordinary-scenes-at-article-17-meeting-in-parliament/>.

37 Vgl. Norwegen: Das Parlament hat die Trennung von Staat und Kirche beschlossen, in: Herder Korrespondenz, H. 7/2012, S. 350; SZ: Eine Kirche lässt sich scheiden, 21.05.2012.

Umbau der Staat-Kirche-Beziehungen plant und die Einführung der kirchlichen Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare angekündigt hat.³⁸ In Ungarn hat die Regierungsmehrheit am 11. Juli 2011 ein neues Religionsgesetz verabschiedet, nach dem zunächst nur noch 14 Kirchen staatlich anerkannt werden; alle anderen Religionsgemeinschaften müssen ihre Anerkennung neu beantragen.³⁹ Das Gesetz ist von der Venedig-Kommission des Europarates heftig kritisiert worden.⁴⁰ Aber auch in Westeuropa wird weiterhin über das Verhältnis von Kirchen und Staat diskutiert. So hat im französischen Präsidentschaftswahlkampf der sozialistische Kandidat Hollande eine Diskussion über die *Laïcité*, das Prinzip der strikten Trennung, angestoßen.⁴¹

Nach wie vor werden religionsrechtliche Fragen auch durch die Rechtsprechung des EGMR beeinflusst. So ergingen mehrere Urteile im Bereich des Kirchlichen Arbeitsrechts, die das kirchliche Selbstbestimmungsrecht bestätigt haben.⁴² Zu einer Fortsetzung der Diskussion über religiöse Symbole kommt es durch die Klage eines Vaters, der sich trotz des revidierten Lautsi-Urteils gegen Kreuze in österreichischen Kindergärten wendet.⁴³ Als unzulässig abgewiesen wurden jedoch die Beschwerden von Baptisten aus Deutschland, die ihre Kinder nicht aus religiösen Gründen vom Sexualkundeunterricht befreien lassen können. Gegen die Eltern waren Bußgelder, teilweise sogar Haftstrafen verhängt worden, da sie ihre Kinder vom Besuch des Schulunterrichts abhielten.⁴⁴

Weiterführende Literatur

Elke Ariëns / Helmut König / Manfred Sicking (Hrsg.): Glaubensfragen in Europa, Bielefeld 2011.

Michael Droege: Chancen und Probleme des europäischen Religionsverfassungsrechtes für die Gestaltung der europäischen Religionskultur, in: Arnuld von Scheliha / Eveline Goodman-Thau (Hrsg.): Zwischen Formation und Transformation, Göttingen 2011, S. 69-84.

François Foret / Xabier Itçaina (Hrsg.): Politics of religion in Western Europe, London 2012.

Volker Herbolsheimer: Gibt es ein Religionsrecht der Europäischen Union?, in: Kirche & Recht 18 (2012), H. 1, S. 81-104.

Lucian N. Lestean (Hrsg.): Representing Religion in the European Union. Does God Matter?, London 2012.

Sergei Mudrov: The Christian Churches as Special Participants in European Integration, in: Journal of Contemporary European Research 7 (2011), H. 3, S. 363-379.

Richard Potz / Brigitte Schinkele: Europarecht – Wie hast Du's mit der Religion?, in: Kurt Appel u.a. (Hrsg.): Religion in Europa heute, Göttingen 2012, S. 129-160.

Hermann Weber: Religionsrecht und Religionspolitik der EU, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 30 (2011), H. 24, S. 1485-1492.

38 Vgl. taz: Vom Hindu zum Kirchenminister, 05.10.2011.

39 Vgl. NZZ: Heftige Kritik an Ungarns Religionsgesetz, 18.08.2011.

40 Vgl. Kathpress: Europarat übt scharfe Kritik an ungarischen Religionsgesetzen, 20.03.2012.

41 Vgl. Klaus Nientiedt: Alter Streit, in: Herder Korrespondenz, H. 3/2012, S. 113-114.

42 Vgl. Christopher Hörster: Bestätigung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts, in: EKD-Europa-Informationen, H. 139/2012, S. 15-16; ders.: EGMR/Arbeitsrecht, in: EKD-Europa-Informationen, H. 140/2012, S. 34. Zu einem weiteren Verfahren siehe: Elias Wendebourg: Freiheit zur gewerkschaftlichen Organisation auch für Priester, in: EKD-Europa-Informationen, H. 139/2012, S. 16.

43 Vgl. Der Standard: Kreuze in Kindergärten, 22.10.2011, <http://derstandard.at/1319180945359/Hoehere-Instanz-Kreuze-in-Kindergaerten-EGMR-soll-urteilen>.

44 Spiegel Online: Auch Baptisten brauchen Sexualkunde, 22.09.2011, <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/europaeischer-gerichtshof-auch-baptisten-brauchen-sexualkunde-a-787920.html>.